

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Verleger: H. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 24 Mark, monatlich 8 Mark. Anzeigerpreis: Die 5spaltige Zeile oder deren Raum 1 Mk., die Restzeile 2.00 Mk. Mindestbetrag eines Auftrags 5 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt anzugeben.

Nr. 41

Altensteig, Sonntag den 18. Februar

Jahrgang 1922.

Zur Lage.

Das Deutsche Reich hat wieder einmal eine Krise überstanden. Zur Abwechslung ist es eine innerpolitische, aber sie hängt, wie das bei uns nun einmal nicht mehr anders möglich ist, mit der Außenpolitik eng zusammen. Als äußeren Anlaß kann man die Unzufriedenheit etwa der Hälfte des Reichstags mit der Politik der Reichsregierung beim Eisenbahnerstreik betrachten. In Beginn des Ausstands fielen scharfe Worte von Seiten der Regierung, Reichskanzler Wirth erklärte gar im Reichstag, hier sei nicht von einem Streik, sondern von einer Revolte der Beamten zu sprechen. Es wurden strenge Maßregelungen angekündigt und der Kanzler versicherte, daß mit Mitgliedern der Reichsgewerkschaft, die den Ausstand in die Wege geleitet hätte, unter keinen Umständen verhandelt werden solle. Die Verordnung des Reichspräsidenten bedrohte jede Anreizung zum Streik mit schwersten Strafen. Diesen Worten entsprachen aber allerdings die Taten der Regierung nicht. Zu den bekannten Verhandlungen, die schließlich zum Abbruch des Streiks führten, wurden vom Reichskanzler auch Reichsgewerkschaftler beigezogen; die Maßregelungen wurden durch „Richtlinien“ des Gesamtkabinetts auf das engste Maß beschränkt, und die Kommunistische „Note Fahne“, die munter zum Streik weiter aufforderte, blieb trotz der Ausnahmeverordnung unbehelligt usw. Die Rechtsparteien erklärten in dem Verhalten der Reichsregierung einen unzulässigen Widerspruch, die linken Parteien der Linken, die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten, waren unzufrieden, daß der Reichskanzler den Beamten das Streikrecht nicht aufgegeben wolle und daß nicht überhaupt von jeglicher Maßregelung grundsätzlich abgesehen werde.

So wurden denn am 11. Februar nicht weniger als vier verschiedene Mißtrauensanträge, je zwei von rechts und links, im Reichstag eingebracht. Die vier Parteien verjagten im Reichstag zusammen über 223 Stimmen. Da aber auch die Bayerische Volkspartei nicht zu den Freunden der Wirth'schen Politik zählt, vielmehr wegen der verschiedenen Einmischungen der Reichsregierung in innerbayerische Angelegenheiten noch ein Händchen mit Berlin zu rücken hat, so war mindestens die starke Hälfte der 20 Stimmen dieser Partei gegen die Regierung in Rechnung zu nehmen. Bei solchem labilem Gleichgewicht, wie man sagt, ist die Existenz des Reichskabinetts aufs äußerste gefährdet, ein Stimmentausch könnte es fällen. Der Reichskanzler verlangte den Mißtrauensanträgen gegenüber ein unmittelbares Vertrauensabstimmung und die Verschiebung der Abstimmung um vier Tage auf den 15. Februar. Das war die Rettung der Regierung. In Berlin wurde behauptet, die französische Regierung habe von Wirth verlangt, daß er auf ein Vertrauensabstimmung dringe, denn man wolle wissen, mit was für einer Regierung oder Richtung Deutschlands man es zu tun habe, wenn man in Genua oder Rom zusammenkomme. Die Pariser Blätter traten auch eifrig für das Verbleiben des französischen Kabinetts Wirth ein; Leute wie Stresemann und Stinnes (Deutsche Volkspartei) könnten von Frankreich nicht „geschluckt“ werden, da sie auf die englische Seite neigen. Eigentlich, wenn es sich bewahrheiten sollte, eine unerschämte Einmischung; was wir für eine Regierung haben wollen, ist unsere Sache, in die kein Franzose seine Nase hineinzustecken hat, und wäre sie so lang wie die Poincarés.

Inzwischen wurde von den Parteien eifrig für und wider die Anträge „gearbeitet“. Das Jünglein an der Wage waren die Unabhängigen mit ihren 61 Stimmen. Dieser Partei fiel es nicht ein, den Kanzler stürzen zu wollen, mit dessen Außenpolitik sie durchaus einverstanden ist und den sie ja auch bisher stillschweigend unterstützt hatte. Und doch sollte die Unzufriedenheit mit den scharfen Worten des Reichskanzlers zu Beginn des Streiks auch zum Ausdruck kommen. Was ein gewiegter Parlamentarier ist, weiß sich in solchen Fällen zu helfen. Von den 61 Fraktionsmitgliedern stimmten nur 34 „Unzufriedene“ an, 27 schlugen sich in die Büsche der „Fraktion Schulze“, wie die hochseine Reichstagskantine nach ihrem früheren Präsidenten genannt wurde. Hätte die Fraktion der Unabhängigen ebenso vollständig abgestimmt wie z. B. die Mehrheitssozialdemokraten, so wäre das Kabinett Wirth gefallen. Aber wer nicht da ist, der ist

eben nicht da. Von 469 Reichstagsabgeordneten haben 421 abgestimmt; 220 für die Regierung, 188 gegen sie und 16 gaben blaue Zettel ab, die nicht muß und nicht müß bedeuten oder „Stimmzeitel ohne Stimmabgabe“. Die Stimmenmehrheit für die Regierung beträgt somit 35. — 230 bzw. 45 Stimmen hatten die Herren Schriftführer des Reichstags, die doch ohne Zweifel sämtlich einmal durch die Schule des Einmaleins gegangen sind, zuerst für die Regierung herausgebracht; mit Schrecken wurde der Schnipper bemerkt und korrigiert.

Mängend ist der Sieg der Regierung nicht, aber er genügt, um sie am Ruder zu erhalten, und das ist, man mag sonst zu der Wirth'schen Politik stehen, wie man will, doch wohl das Gegebene. Man braucht sich nicht zu verhehlen, daß die abermalige scharfe Vereitelung der Großen Koalition, die auf den Reichskanzler selbst zurückzuführen sein soll — der denn auch über den Kopf der Deutschen Volksparteiler hinweg Rathenau zum Außenminister machte —, eine gewisse Erleichterung der inneren Lage geschaffen hat. Eben der Parteilampf für und gegen die Vereitelung der Regierung, in dem hauptsächlich Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie sich gegenüberstehen, ist ja doch der tiefere Grund der neuerlichen Krise gewesen. Der Reichskanzler ist einer Verbreiterung nach links durch die Unabhängigen anscheinend geneigter als einer solchen nach rechts durch die Deutsche Volkspartei. Die Vertrauensabstimmung ist also wohl das Zeichen eines weiteren Wählens der Regierung nach links, das aber den Augenblicksfolg hinaus die Frage vorrängt, was denn nun mit dem Steuerkompromiß werden soll, für das die größere Koalition die unbedingte Voraussetzung ist: ob auch hier der Anschluß nach links gesucht wird? Das Steuerbild müßte sich dann doch noch wesentlich verändern.

Aber wenn auch das alles zugegeben werden muß, — im Hinblick auf die auswärtige Lage wäre ein Regierungswechsel ein heines Nihil gewesen. Zwischen Lloyd George und Poincaré wird derzeit ein zäher Kampf um die Konferenz von Genua ausgetragen. Den sollte man jetzt von Deutschland aus nicht fördern. Nicht als ob wir durch braves Verhalten von der einen oder anderen Seite eine Belohnung verdienen könnten, auch nicht weil man es billigen könnte, daß Dr. Wirth und Dr. Rathenau bei dem englisch-französischen Rennen beharrlich auf den französischen Gaul setzen, — sondern weil man es vermeiden muß, unseren schlimmsten Feinden, Poincaré und den Franzosen, auch nur im geringsten eine Handhabe zu geben, die sie für ihre Sonderzwecke, das ist die Unterdrückung Deutschlands, verwerten können. Von der Konferenz, ob sie nun in Genua oder Rom abgehalten wird, haben wir Deutsche nichts zu erwarten, und es kann uns gleichgültig sein, ob sie am 8. März oder 14 Tage später oder erst im Juni, wie Poincaré will, abgehalten wird. Die Konferenz ist in erster Linie eine englische Angelegenheit und sie soll dazu dienen, eine Grundlage für die Gesundung des bis ins Mark erschütterten Wirtschaftskreislaufes Englands zu schaffen, sientmal weder der Vertrag von Versailles noch das Abkommen von Spa noch das Londoner Ultimatum — von Cannes zu schweigen — dem britischen Reich den erhofften Auftrieb gebracht haben. Der Weltkrieg war ein Rechenfehler Greys, das merkt man jetzt in England mehr und mehr; das „gefährliche“ Deutschland ist ja schließlich nicht mehr zu fürchten, aber umso mehr das doppelt gefährliche Frankreich, das jetzt dem britischen Reich mehr Sorgen macht, als ihm das starke Deutschland je hätte machen können. Und selbst die Hoffnung auf einen Erfolg in Rußland droht Frankreich den Briten zu rauben. Man hört allerlei von geheimen Abmachungen oder doch Verhandlungen, die zwischen Paris und dem bislang so hartnäckig bekämpften Moskau geschlossen werden. Es scheint die Absicht Poincarés zu sein, sich erst der Unterstützung Rußlands und des sogenannten Kleinen Verbands nebst Polen und Belgien zu vergewissern, ehe er auf die Konferenz gehen will. Er oder das französische Großkapital fängt dann zwei Fliegen mit einer Klappe. Die Sowjetregierung anerkennt die russische Vorkriegsschuld an Frankreich mit 25 Milliarden Goldmarken, erhebt aber dafür eine Kriegsschadigungsforderung etwa in gleicher Höhe an Deutschland, wozu es nach dem Vertrag von Versailles berechtigt ist. Diese Entschädigung wird an Frankreich abgetreten; Rußland hat, obwohl wie der Bolschewismus nun einmal ist, seine Verpflichtungen tular erfüllt und wird dagegen von den Hütern der Ordnung, den Verbands-

mächten, anerkannt. Mit Geld kann man alles machen. Wohlwärtig wird ferner die Sowjetregierung den französischen Kapitalisten alle möglichen Vorrechte für Handel, Bergbau usw. versprochen, woraus es England mit seinem Es. deraufbau Europas abgehen kann. Durch diese englische Rechnung wäre dann ein dicker Strich gemacht. Das ist das andere Ziel Poincarés. Und wir Deutsche stehen daneben, gewärtig, daß uns die russischen Kriegs- und Vorkriegsschulden auch noch aufgeladen werden.

Neues vom Tage.

Verfolgung der Erzbergermörder.

Berlin, 17. Febr. Ueber den Aufenthalt der Mörder Erzbergers in Ungarn weiß der Budapest-Berichterstatter des „Berl. Tagebl.“ zu melden: Der Kaufmann Heinrich Schulz und der frühere Oberleutnant Heinrich Tilleßen sind bereits im Oktober 1921 aus München in Budapest eingetroffen. Sie verkehrten dort in den prunkvollen Vereinslokalen der beiden unregelmäßigen Organisationen des „Vereins der erwachenden Ungarn“, dessen militärische Leiter der Oberleutnant Heijas ist, und des „Landeswehrmachtvereins Mobe“, der unter Führung des Generalsstabshauptmanns Gömbös steht. Im Dezember 1921 wurden Schulz und Tilleßen durch einen Zufall erkannt. Die deutsche Gesandtschaft meldete dies sofort der ungarischen Polizei. Etwa 14 Tage lang geschah in der Sache nichts, obwohl die deutsche Gesandtschaft wiederholt um Ueberdigung bat. Mittlerweile hatte die deutsche Staatsanwaltschaft, die von der Sache verständigt worden war, zwei deutsche Geheimpolizisten nach Budapest gesandt. Die Nachforschungen wurden von der ungarischen Polizei hart verweigert. Den deutschen Polizisten gelang es nach Aufnahme der Nachforschungen, die Persönlichkeit der beiden Mörder Erzberger festzustellen. Sie ermittelten, daß die beiden mittels Schiffes-Schrift einen lebhaften Briefwechsel führten. Es gelang auch, ihre Wohnungen zu ermitteln und die Unterhaltungslokale, in denen sie verkehrten. Anschließend verfügten sie über große Geldmittel. Zuletzt wohnten die beiden im „Hotel Aurora“, dem besten Hotel Budapests. Nach dem Besuch einer gewissen Persönlichkeit verließen sie das Hotel mit ihrem gesamten umfangreichen Gepäck. Die deutschen Polizisten verfolgten ihre Spur. Als sie aber den Wunsch äußerten, sich nach einer bestimmten Stadt des westlichen Ungarns zu begeben, wurden sie daran von den ungarischen Behörden mit der Begründung verhindert, die Deutschen hätten sich seinerzeit geweigert, den kommunistischen Charnhal auszuliefern, der der Teilnahme an der Ermordung Tillas beschuldigt war. Erst nach langen Bemühungen wurde dieses Verbot aufgehoben. Inzwischen waren solide Tage verloren gegangen, und die Polizisten dürften in dem in Frage kommenden Ort zu spät eingetroffen sein. Sie werden dieser Tage unverrichteter Sache wieder abreisen.

Die Wiederherstellungskommission kommt!

Paris, 17. Febr. In der Kammer führte zum Finanzgesetz der Berichterstatter Abg. Chomond aus, nach dem Friedensvertrag hätte Frankreich von Deutschland 136 Milliarden zu fordern gehabt, davon 10 Milliarden den Zinsen für abgeschlossene Anleihen. Durch die Konferenzen des Obersten Rats werde Frankreich aber nur 89 Milliarden erhalten. Für die französischen Forderungen müssen alle Völker die Gemeinbürgerschaft übernehmen. Ministerpräsident Poincaré bemerkte, die Wiederherstellungskommission habe Ursache gehabt, über die Einschränkung ihrer Befugnisse sich zu beklagen, aber sie werde nun an ihre im Friedensvertrag gewährleisteten Rechte wieder erhalten. Die russische Zwangsanleihe werde nicht so ergiebig sein, als erwartet wurde, weil der Reichstag sich geweigert habe, von gewissen Bedingungen abzusehen. Die Wiederherstellungskommission müsse also handeln. Zum Vergleich der französischen und der deutschen Steuerlast müssen auch die indirekten Steuern herangezogen werden, sowie die Kreis- und Gemeindesteuern; dann werde man nicht sagen können, daß der deutsche Steuerzahler schwerere Lasten trage als der französische.

England gegen die Beteiligung des Kleinen Verbands.

Paris, 17. Febr. Das „Journal“ erfährt aus London, die englische Regierung sei entschieden gegen die Beiziehung des Kleinen Verbands (Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien) und Polens zur Vorbereitung der Sachverständigen vor der Konferenz von Genua. Es werde befürchtet, daß England die Denkschrift Poincarés über die Verschiebung der Konferenz überhaupt nicht beantworten werde.

Die Berliner Reparationsverhandlungen.

Berlin, 17. Febr. Die Abordnung der Reparationskommission, die unter Führung des belgischen Delegierten Bormans vor einigen Tagen in Berlin eingetroffen ist, steht seitdem in ständigen Verhandlungen mit der Kriegslastenkommission. Die Hauptaufgabe der Abordnung ist eine neue, gründliche Überprüfung der deutschen Wirtschaftslage, insbesondere mit Rücksicht auf die bevorstehende Entscheidung der Reparationskommission über die Zahlungen und Entlastungen im Jahr 1922. Bei den Besprechungen ist auch die Frage einer Ausdehnung des Wiesbadener Abkommens auf Belgien zur Sprache gekommen, allerdings nur, unüberwindlich, da die Abordnung nicht speziell belgische Interessen vertritt, sondern von der Gesamt-Reparationskommission entsandt ist.

Die soz. Jänsländerkonferenz verläßt.

Frankfurt, 17. Febr. Die sozialistische Jänsländerkonferenz, die auf den 4. Februar nach Paris einberufen worden war, wegen des deutschen Eisenbahnerstreiks aber von den deutschen Sozialisten nicht besucht werden konnte, ist nun von den französischen Sozialisten auf 25. Februar nach Frankfurt einberufen worden.

Bankrott oder Aufsatz aus Reich.

Wien, 17. Febr. Die Großdeutschen haben im Parlament die Wiederaufstellung der Anschließfrage beschlossen. Ihre Anfrage fordert von der Regierung die sofortige Unterbreitung der auch nach dem englisch-französischen Kredit hoffnungslosen Lage der Staatsfinanzen an den Verhandlungen. Der Fehlbetrag der Staatseinkünfte wird zum Jahresende die erste Billion (1000 Milliarden) Kronen erreicht haben. Für 1921 schließt der Regierungshaushalt einschließlich der Vorträgen aus dem Vorjahr mit 520 Milliarden Kronen Ausgaben ab.

Lord Curzon zur Frage des Konferenz-Beginns.

Paris, 17. Febr. Der französische Botschafter in London hat gestern nachmittag mit Lord Curzon eine neue Unterredung gehabt und man versteht, daß Lord Curzon gern auf die französische Note bezüglich der Experten-Konferenz und der Vereinfachung der kleinen Entente an dieser Experten-Konferenz geantwortet habe. Lord Curzon erklärte, er wüßte erneut, daß diese Sachverständigen-Konferenz in London und nicht in Paris stattfinden und lehnte es ab, die Vertreter der kleinen Entente zu dieser Konferenz hinzuzuziehen und zwar mit der Begründung, daß damit vermieden werden sollte, die Eifersucht auch bei anderen Mächten, zum Beispiel bei den Neutralen, zu erwecken, die ebenfalls gewisse Rechte geltend machen könnten.

Lloyd George über den Wert der Washingtoner Konferenz.

London, 17. Febr. Auf einem Bankett zu Ehren Balfours erklärte Lloyd George, jeder, der an dem Wert der Konferenz zweifelt, braucht nur auf die Gefahren zurückzudenken, die die Frage des Stillen Ozeans bilden, dessen vulkanische Kräfte mit kaum verhaltenen Explosionsstoffen besetzt waren. Die Gefahr bestand, daß jederzeit eine Explosion stattfinden konnte, die die Weltpolitik von neuem in die Schrecken des großen Kriegs zurückwerfen konnte. Ney aber sind die Hindernisse beseitigt.

Die Kuruben in Irland.

Paris, 17. Febr. Eine Londoner Dabarmeldung zufolge hat der Bischof von Belfast an Lloyd George folgendes Telegramm gerichtet: Seit drei Tagen ist Belfast der fürchterlichsten Unruhen ausgesetzt. Mehr als 12 Katholiken sind seit Samstag erschossen worden, einige sogar in ihren Wohnungen, während 14 verwundet wurden. Für die Katholiken in Belfast besteht kein genügender Schutz. Militärische Hilfe ist notwendig.

Herabsetzung der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein.

Paris, 17. Febr. Aus Washington wird gemeldet, daß das amerikanische Kriegsministerium ankündigt, daß sofort oder doch bereits in den nächsten Tagen eine Herabsetzung der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein vorgenommen werde. Diese Herabsetzung wird 203 Offiziere und 3000 Mann umfassen, sodas also nur noch 103 amerikanische Offiziere und 2217 amerikanische Soldaten im Rheinland bleiben.

Reichstag.

Berlin, 17. Febr.

(172. Sitzung.) Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Henke (Unabh.) läßt die Regierung mitteilen, daß einige der Versicherungsgesellschaften, die auch im Ausland arbeiten, der Versicherungsbedingungen wegen um Hilfe gebeten haben. Das Reichskabinett hat beschlossen, unter gewissen Voraussetzungen diesen Gesellschaften durch Beschaffung von Krediten zu helfen.

Auf eine Anfrage des Abg. Hemeter (D.nk.) befreitet ein Regierungsvortrager, daß es sich bei den von der Reichsgetreidekasse zur Veräußerung gebrachten Restbeständen von Kleie um verdoerbene Ware handle.

Es folgt die 2. Lesung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes zur Erhöhung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus. Durch die Vorlage soll die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus erhöht werden. Die Regierung schlägt vor, die Abgabe von 10 auf 50 Prozent der Friedensmiete zu erhöhen.

Ein Antrag Bergt (D.nk.) fordert die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Er schlägt die Annahme einer Entschädigung vor, in der erklärt wird, daß die Förderung des Wohnungsbaus Sache der Länder ist.

Abg. Jand (Bayern) berichtet über die Anschaffungsverhandlungen. Zur Herstellung ausreichender Wohnungen sind geradezu ungeheuerliche Mittel notwendig.

Ministerialdirektor Dr. Ritter stellt fest, daß die Streitfrage die war, ob die gesamten Mittel zum Bauen der neuen Wohnungen von den Mietern erhoben werden sollen, oder ob ein Teil durch Anleihe beschaffen werden sollte. Jetzt soll ein Mittelweg beschritten werden.

Abg. Bazille (D.nk.) erklärt, man werde sicherlich in kurzer Zeit eine Erhöhung der Abgabe von 50 auf 100 und 200 Prozent fordern. (Bei, hört!) Eine gesunde Wohnung ist ein staatsrechtliches Element. Die Regierung gehe mit der Vorlage einen verhängnisvollen Irrweg. Die erste Ursache der Wohnungsnot war der Krieg, die zweite die Rückkehr der vielen Soldaten, für die nicht mehr genug Wohnungen vorhanden waren. Durch die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen ist die Bauwirtschaft völlig stillgelegt. Mit der Vorlage wird vor allem die kommende Generation belastet. Ein Familienvater mit vielen Kindern wird belastet, als ein Mann mit wenig oder gar keinen Kindern.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 18. Februar 1922

d. Zusammenkunft der Oligarchen. Am Sonntag den 12. ds. M. fand in Wilhelmsberg bei Remd Reller a. Schwane unter dem Vorsitz von Kamerad Pich, eine Zusammenkunft von circa 30 ehemaligen Angehörigen des Oligarchenregiments statt. Der Vorsitzab besann, daß im Mai d. J. eine Zusammenkunft des Regiments in Ludwigshafen stattfinden. Bei den anwesenden Kameraden kam der einstimmige Wille zum Ausdruck, daß die Kam. des ganzen Bezirks sich vollständig an dieser Feier beteiligen möchten. Für den hinteren Teil des Bezirks ist in nächster Zeit eine Zusammenkunft in Altensteig geplant.

Die Errichtung und Abgrenzung der Staatsrentämter. Durch eine Verfügung des Staatsministeriums werden die Staatsrentämter in Württemberg zum 1. März ds. J. in Tätigkeit gesetzt und zugleich ihr Wirkungsbereich und zugleich die räumliche Abgrenzung dieser Ämter näher bestimmt. Die 11 Staatsrentämter haben ihren Sitz in Stuttgart, Badrang, Schwangen, Freudenstadt, Göttingen, Heilbronn, Hirsau, Heimer, Tübingen, Ulm und Weingarten. Als Geschäftsaufgaben wurden ihnen übertragen: 1. Die Verwaltung des staatlichen Grundbesitzes an Grundstücken einschließlich Haus, Äcker und der zusammen mit Gewerbebetrieben verpachteten Güter, ferner an Domänen und Pauspähnen; 2. die Kassen- und Rechnungsführung für die Bau- und Forstverwaltung; 3. die Bezahlung der Lehrer Gehalte. Der Wirkungsbereich der Staatsrentämter umfaßt überhaupt — abgesehen von den Landessteuergerichten, deren Besorgung bei den Finanzämtern bleibt — alle Landesgeschäfte, die bisher die Finanzämter erledigten. Es gehören hieher besonders die Erhebung ländlicher Steuern und Pauspähne, Konzessionsgebühren, Gebühren usw. für Nutzung staatlicher Gebäude und Grundstücke, ferner die Einnahmen aus dem Staatswaldbesitz, die Leistung sämtlicher Ausgaben für die staatliche Bau- und Forstverwaltung, sowie für die Verwaltung des sonstigen staatlichen Grundbesitzes. In einzelnen Fällen ist jedoch die Zustellung der Finanzämter, Bauamts- und Konsumämter, sowie der Domänen an die einzelnen Staatsrentämter geregelt. — Zum Staatsrentamt Freudenstadt gehören die Finanzämter Freudenstadt, Herrenberg, Gorb und die Finanzämter Albstadt, Badrath, Dornstetten, Freudenstadt, Klosterreichenbach, Oberal, Pfalzgrafenweiler, Schönmühlbach, Summersfeld und Strehl. — Zum Staatsrentamt Hirsau die Finanzämter Altspeier, Hirsau mit Domäne Böhnenhardt und Reutenberg und die Finanzämter Altspeier, G. Landach, Engelbäcker, Herrenberg, Hirsau, Heimer, Langenbrunn, Vöhrmann, Weiskopf, Reutenberg, Stammheim, Teinach, Wildbad und Wildberg. Beide Rentämter (Hirsau und Freudenstadt) gehen mit Ausnahme von Gorb mit Domäne Buchhof zum Reichsrentamt Gorb.

Vortrag der Deutsch demokratischen Partei. Wie aus dem Infanteriestück dieses Blattes hervorgeht, spricht am Sonntag A. Hoff aus Stuttgart in Altensteig und Summersfeld über das Thema: Deutschland vor der Konferenz von Genua. Dieser aktuelle Vortrag wird zweifellos allgemeines Interesse finden.

Vortrag Des. (Engelsand). Im Grünbaumsaal spricht am Sonntag der bekannte Weltfahrer und Walfischjäger Des über seine Reisen und Abenteuer auf den Weltmeeren. In 20 Monaten segelte Des durch alle Weltmeere, ging auf Jagden und Abenteuer, ganz wie man es von einem Weltbummler erwarten kann. Vom nördlichen zum südlichen Eismeer, von Ost nach West führten ihn seine Reisen, die er als Angeddelger einer Forschungs Expedition ausführte. Der dem Referenten vorausgehende gute Ruf verleiht einen gemächlichen Abend.

Heiratsordnung für Soldaten. Eine Heiratsordnung für die Angehörigen der Wehrmacht ist jetzt vom Reichspräsidenten mit Zustimmung des Reichsrats erlassen worden. Die vorgeschriebene Genehmigung wird in der Regel nicht vor Vollendung des 27. Lebensjahres erteilt. Gegen die Verweigerung der Genehmigung ist die Beschwerde zulässig. Voraussetzung ist, daß Antragsteller wie Braut schuldlos sind und die Führung des Haushalts wirtschaftlich gesichert ist. Die zukünftige Ehefrau soll einen einwandfreien Ruf genießen, selbst achtbar sein und einer achtbaren Familie angehören. Befreiungen von der Altersgrenze sind nur in besonders begründeten Fällen zulässig und müssen von der übergeordneten Dienststelle genehmigt werden. Bei einer Ablehnung sind dem Antragsteller die Gründe schriftlich mitzuteilen. Die Entscheidung trifft bei Offizieren, Sanitäts- und Veterinäroffizieren sowie Militärbeamten der Reichswehrminister, sonst bestimmte Vorgesetzte.

Freizuge von Verbrauchszucker. Die Indusriefabrikation hat annähernd 8 Millionen Ztr. Verbrauchszucker zur Verfügung in den Monaten März bis Juni freigegeben, wodurch die gesamte freigelegene Verbrauchszuckermenge auf annähernd 18 Millionen Ztr. erhöht worden ist, so daß für spätere Verteilung noch 6 Millionen übrig bleiben. Der Preis wurde auf 650 M. pro Zentner ohne End frei Magdeburg festgesetzt.

st. Bernad. Die Evangelisationsvorträge von H. Platter Rater, die am Donnerstag begonnen haben, dauern sich vom ersten Abend an eines guten Besuchs, auch von Auswärtigen erfreuen. — Auf die Männerversammlung heute Abend 8 Uhr im Löwen, sowie auf die Frauenversammlung morgen nachmittag um 2 Uhr in der Kirche sei besonders hingewiesen. Die Ansätze der einzelnen Vorträge sind in der letzten Mittwoch Nummer.

Ca. w. 17. Febr. Frey der Lohen Poupelle hat mit Eintritt der letzten Witterung der Pau von 3 Pfundbären begonnen. Ebenso ist das Lohengehäude der Eisenbahnbrücke bereits in Angriff genommen. Weiter erwarten kann die neue Erhebung am Kapellenberg in Angriff genommen werden. Der Gemeinderat stellte die Bedingung, daß 10 Paulstipps sich unter schriftlich zum Bauen verpflichten müssen, wenn die Straße über den Lohen Pfaffen gebaut werden soll. Es haben sich nun 13 Siedler zum Bauen verpflichtet. Eine Erhebungskarte für eine Familie soll sich nach dem heutigen Anschlag auf 180 000 M.; die Steigerung stellt sich auf das 2,3 fache des Preises im vorigen Jahr. Die neue Straße war zur Erweiterung ausgeschrieben. Die Angebote sind annehmbar; den Zuschlag erhielten 2 bisfuge Firmen Pfeiffer und Weig; der Betrag für die Straße stellt sich auf 270 000 M.; Tabot in der Stundenlohn für einen Rouer 10, 11 M., für einen Arbeiter auf 9,60 M. angenommen. — Der Hundsteuer für 1 Hund wurde von 60 auf 80 M. erhöht, 2 Hunde bezahlen je 120 M. — Die Rettungssankt Stammheim beabsichtigt dem Walfischhaus ein Saalgebäude anzugliedern. Der Gemeinderat begünstigt diese neue, nützliche Erweiterung und gibt dazu einen einwilligen Beitrag von 5 000 M. Der Anfall Stowheim wird die erste Anfall in Württemberg sein, die neben der Pflanz für vermögende und ältere Kinder ihre Fürsorge auch auf die Säuglinge ausdehnt. — Das Walfisch für die Dekanate wurde auf 800 M. erhöht. — Von der Milchverbilligung des Reichs erhielt die Stadt den Betrag von 57 000 M. Der Gemeinderat beschloß, daß die Verbilligung in der Hauptsache den Milchbesitzern zugute kommen soll. Diese erhalten in den Monaten März und April die Milch teils unentgeltlich, teils zum halben Preise.

Stillestehen, 18. Febr. Bei der gestern hier stattgefundenen Versammlung der Gewerkschaft wurde ein Pachtvertrag von jährlich 17 000 Mark erzielt, seither 775 M. Pächter sind Herr Hugo Röhrig, Wildbad und Herr Jol. Berner in Eisingen. Der Pachtvertrag beträgt 8 Jahre. Stillest, 16. Febr. (Vom Gemeindefestwerk.) Heute nachmittag wurde der Bunterfolln durchgelogen.

Stuttgart, 17. Febr. (Stegerwald-Vortrag) Am 12. März spricht in einer größeren Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ministerpräsident a. D. Stegerwald in Stuttgart.

Neues Rotgeld. Von den Stuttgarter Fünftägigen Schützen ist jetzt eine weitere Reihe (D) entstanden. Die Vorderseite entspricht den früheren Ausgaben. Tempel, Reichs- und Nummernangaben sind violett gehalten. Die Rückseite zeigt die Kaiserliche Wilhelmbrücke mit Bild gegen die Stadtfläche.

Kirchliche Eingemeindung. Die evang. Kirchengemeinde Boimang wird am 1. April in die evang. Kirchengemeinde Stuttgart aufgenommen. Die Oberkirchenbehörde hat die Eingemeindung genehmigt.

Hablungen, W. M. Anlingen, 17. Febr. (Naberrichtung.) In den letzten letzten Tagen wurde auch hier die neue Naberrichtungsmethode mit großem Erfolg angewendet. Die Sache wurde dem Frohmannsmeister Arnold anvertraut, der das Naberrichten aus Blut, Milch, Kartoffeln und Hirt kostete, dann an verschiedenen markierten Stellen (welche zuerst mit reichem Stallfänger überführt wurden) auslegte. Kaum getan, fielen Hunderte von hungrigen Raben auf die lockende Köder und kaum nach einer Stunde fanden über Hunderte den reichen Tod. Auch andern Tags wurden noch viele tote Raben aufgefunden.

Waldschim, 17. Febr. Im Alter von 64 Jahren ist in einer Heilbronner Klinik der frühere Land- und Reichstagsabgeordnete Gottfried Veizer in Sindolshim gestorben.

Aus dem Gerichtssaal.

Ulm, 17. Febr. (Schwurgericht.) Die Rechtsanwältinwitwe Eisner von Laupheim und die Bahraffizientin Treß von Ulm hatten sich wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde zu verantworten. Zwischen beiden bestand eine große Freundschaft. Sie machten auch öfter miteinander Reisen, nämlich die Treß mit richtigem Freischein und die andere mit Fahrkarte. Die Eisner hat nun die Treß, sie möge ihr auch einmal so einen Freischein verschaffen, sie möchte auch gern einmal als Eisenbahnassistentin umherlaufen. Für Treß hat dies keine Schwierigkeit, denn sie hatte die vorbereiteten Freischeine zur Verwaltung und der lieben guten Freundin, unter deren Baum sie geradezu gestanden habe, wollte sie die Bitte nicht abschlagen und stellte je einen Freischein Ulm — Hof in Bayern und Ulm — Salzburg auf den Namen Amalie Mayer, Eisenbahnassistentin, aus, was dann die Eisner benützte. Die Eisner, die seit Jahren ein hohes Leben führte, hat sich in nächster Zeit wegen schweren Diebstahls zu verantworten. Sie soll aus der Kasse ihres Vaters 200 000 M. verwendet haben, die sie mit anderen verbräutet hat. Sie machte übermäßig Geschenke und Reisen. Die beiden Angeklagten wollten die Schwere des Verbrechens nicht erlennen haben. Die Geschworenen sprachen sie der schweren Betrugsunterschiedung schuldig. Das Urteil lautete auf je 3 Monate Gefängnis.

Vermischtes.

Erpade des Papstes. Aus Rom melden die Blätter, daß Papst Pius XI., als er den Abschiedsbesuch der drei deutschen Kardinalen empfing, dem Erzbischof von Breslau, Kardinal Bertram, 200.000 Lire, dem Wiener Kardinal Pfiffel und dem ungarischen Kardinal Szernoch je 150.000 Lire für Wohltätigkeitszwecke mitgegeben habe.

Gesunde Gegend. In Baiersbrunn O. M. Freudenstadt leben zurzeit nicht weniger als 26 Gemeindeglieder, die das 80. Lebensjahr überschritten haben. Ein gutes Zeugnis für die gesunde Schwarzwaldduft.

Praktin Bäckermeister. Als erster weiblicher Bäckermeister in Hohenzollern hat Frau Elsa Schön von Sigmaringen, Tochter des verstorbenen Bäckermeisters Hermann Schön, die Meistersprüfung vor der Handwerkskammer mit gutem Erfolg abgelegt.

Ein Hochzeiter wurde in vergangener Nacht in der Person des 28 Jahre alten verheirateten Schneiders Johann Maringer aus Basel, der sich als früherer Offizier ausgab, in Tuttlingen festgenommen. Dieser lebte seit etwa einem Vierteljahr in einem Pensionärhotel auf großem Fuß, machte öfters Abkoffer nach Tuttlingen, wo dann der Sell in Strömen Hof Maringer verhaftete. Die Verhaftung erfolgte von mehreren 100.000 Mk. und ist völlig mittellos.

Erhöhte Erdmittel bei Auslandsreisen. Der Reichsrat hat in seiner letzten öffentlichen Sitzung das Gesetz gegen die Kapitalflucht bis zum 31. März verhängt und beschlossen, daß künftighin an Zahlungsmitteln 20.000 Mk. ins Ausland mitgenommen werden dürfen, während es bisher nur 10.000 Mk. waren.

Die Spielarten werden ebenfalls teurer. Die Spielartenarten Deutschlands haben sich so erhöht, die Preise für Spielarten ab 16. Februar um 45 Prozent zu erhöhen.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Getreide. Die Erholung der deutschen Getreidepreise hat eine vorübergehende Erscheinung. Ihr Stand hat sich zwar auch nicht wesentlich verschlechtert. Aber es ist auffallend, daß der berühmte Brief der Bank von England, der doch einige Aussicht auf Erleichterung eröffnete, seine Wirkung am Getreidemarkt ganz verfehlt. Wir haben in der Tat keinen Grund zum Optimismus, seitdem die Ausichten auf Genus sich schon zu der Vollstimmung verschlechtert haben, daß der einzige wirksame Beschluß dieser Konferenz, wenn sie überhaupt einmal zustande kommt, die Festsetzung einer neuen Konferenz in einer anderen Stadt sein werde. Am 16. Februar kosteten 100 deutsche Reichsmark in Berlin 2,55 (am 9. Februar 2,67½) Franken; in Amsterdam 1,33½ (1,39) Gulden; in Kopenhagen 2,43 (2,57), in Stockholm 1,92 (2,00) Kronen; in Wien 32,47 (40,77), in Prag 26,45 (26,90) Kronen; in NeuYork 0,48 (0,51) Dollar (0,51) Dollar. Der Dollar stellte sich zuletzt auf rund 200 Mk., also wieder um 8 Mk. teurer als vor 8 Tagen.

Börse. Mit dem Anziehen der Devisenpreise hat sich wieder eine Pause an der Börse eingestellt, obgleich der Papiergeldmarkt innerhalb letzter Woche sich wieder um 1½ Milliarden Mk. vermehrt hat. Ungeklärt blüht sich die weitere Tendenz auch auf den pünktigen Verkauf der Berliner Regierungsbonds. Von anderer Seite wird aber mit weiteren inneren Schwierigkeiten gerechnet, weshalb die Kaufkraft trotz der vorwiegenden Hausseintendenz sich noch in ziemlich engen Grenzen hielt. Eine gute Meinung zeigt sich fortgesetzt für Bonifikationen, dann vor allem für Textilwerte. Die Anleihepapiere blieben behauptet.

Produktenmarkt. In der letzten Woche hat sich eine kräftige Hausse im Produktionsverkehr herausgebildet, was natürlich auch mit dem Anfrastreuen der neuen Brot- und Mehlpreise zusammenhängt. Die Steigerung der Devisenpreise hat ebenfalls dazu beigetragen, weil dadurch der Ankauf von ausländischer Ware ver-

teuert wird. Am 16. Februar notierten in Berlin Weizen 485-490 (+ 60), Gerste 395-400 (+ 20), Roggen 365-368 (+ 43), Hafer 340-348 (+ 36), Mais 340-343 (+ 30) Mk. An der letzten Stuttgarter Produktenbörse sind aber die Heu- und Erbsenpreise unverändert geblieben.

Warenmarkt. Die Teuerungswelle zieht immer weitere Kreise. Der Milliarden Schaden des Eisenbahnerstreiks muß nun bezahlt werden. Die Kohlenknappheit hat etwas nachgelassen, aber die Preise sind eher gestiegen. Fortgesetzte Lohnerhöhungen, die natürliche Folge der Verteuerung von Brot und Mehl, belasten alle Erzeugnisse. Die ablehnende Abstimmung der Arbeiter in der Metallindustrie über die Frage, ob statt 48 wenigstens 48 Stunden in der Woche gearbeitet werden soll, zeigt ebenfalls, woher die Teuerung kommt. Mit dem Aufschlag der Häute steigen auch wieder die Leder- und Schuhpreise, mit der Verteuerung der Baumwolle die Erzeugnisse der Textilbranche. Auffallend ist die Verteuerung der Kartoffeln: Das württ. Ernährungsministerium hat einen Erzeugerpreis von 80 Mk. für die roten und 88 Mk. für die gelben Kartoffeln für gerechtfertigt erklärt, aber in den Städten muß man rund das Doppelte bezahlen. Der Eierpreis hat sich gegen die gleiche Zeit des vorigen Jahres verdreifacht.

Viehmarkt. Preissteigerung bleibt Trumpf. Die Preise, die an einem Tag am Stuttgarter Viehhof für Lebschmied bezahlt werden, werden am anderen Tag schon vom Viehhalter im Stall gefordert. Die Schraube scheint kein Ende zu haben.

Getreidemarkt. Die Hausse dauert an. Neue Preise sind in den letzten 8 Tagen nicht bekannt geworden.

Handel und Verkehr.

Regel, 17. Febr. (Holzmarkt) Das Ergebnis des gestrigen Stammholzverkaufs ergab 425,86 Proz. der neuen Holzlage.

Dollarkurs am 17. Februar 204 Mark. Die hohen Milchpreise. Seit der Erhöhung der Milchpreise kann die nach Würzburg gelieferte Milch nicht mehr voll abgesetzt werden, weil der Mittelstand nicht kaufkräftig genug ist, um die hohen Preise zu bezahlen. Die restliche Milch mußte infolgedessen der Würzburger Molkereigenossenschaft zur Verarbeitung überwiesen werden.

Französische Weineinfuhr. In der Zeit vom 11. Januar 1922 bis 10. Januar 1923 dürfen nach Festsetzung der französischen Regierung auf Grund des Artikels 68 des Friedensvertrags 215.000 Hektoliter Wein und Most aller Art, 1.300.000 ganze Flaschen Schaumwein, 12.000 Hektoliter Fruchtwein, 25.000 Hektoliter Branntwein aller Art zollfrei nach Deutschland eingeführt werden.

Herabsetzung des englischen Diskontofußes. Die Bank von England hat ihren Diskontofuß von 5 auf 4½ Prozent herabgesetzt.

Eine der größten englischen Mäckerfirmen bankrott. Die Londoner Mäckerfirma Eltes hat bankrott gemacht. Die Passiven der Gesellschaft belaufen sich auf 2 Millionen Pfund Sterling, also 100 Millionen Franken. Die Firma ist eine der ältesten Mäckerfirmen Londons und reicht auf 150 Jahre zurück. Im Jahr 1814 hat sie den Feldzug Wellingtons gegen Napoleon mit einer Anleihe von 24 Millionen Pfund Sterling finanziert.

Nürtlingen, 17. Febr. Dem Viehmarkt waren 11 Stiere, 43 Kühe, 59 Rinder und 10 Kälber zugetrieben. Stiere kosteten 7500-12.000, Kühe 8500-14.000, Rinder 3500-22.000 Mk. — Der Schweinemarkt war von 119 Milchschweinen befüllt, die zu 380-510 Mk. das Stück abgesetzt wurden. Käuferpreise kosteten 850-1500 Mk. das Stück. Der Handel war durchweg lebhaft, die Preise anziehend.

Mm, 17. Febr. Dem Schlachtviehmarkt am 15. Februar waren zugetrieben: 11 Ochsen, 18 Farren, 63 Kühe, 20 Rinder, 62 Kälber, 63 Schweine, 5 Schafe, 2 Flegeln. Alles wurde rasch verkauft. Erlös für 1 Str. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 1300-1400, zweite 1000-1300, dritte 800-1000, Farren erste 1100-1200, zweite 950-1080, Kühe erste 950-1100, zweite 800 bis 900, dritte 450-700, Rinder erste 1200-1300, zweite 1100-1200, Kälber erste 1400-1500, zweite 1250-1350, Schweine erste 1700-1800, zweite 1500 bis 1600, dritte 1200-1400 Mk.

Letzte Nachrichten.

Stark in der Metallindustrie.

WZB. Frankfurt/Main, 17. Febr. Der Schließspruch für die Metallindustrie und die handwerklichen Betriebe ist sowohl von den Arbeitnehmern wie auch von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Neue Verhandlungen sind eingeleitet.

Erdbeben.

WZB. Washington, 17. Febr. Das Observatorium in Georgetown meldet ein sehr schweres, fast einhändiges Erdbeben etwa 2000 Meilen südlich von Washington.

Russland.

WZB. Berlin, 17. Febr. Die Berliner Geschäftsbank-Botiere sind heute in den Streik getreten. Infolgedessen können in den Geschäften die Erdwässer nicht geheizt werden. Auch die Bahnhöfe, Postämter und Mauer-Räucher haben sich dem Ausstand angeschlossen.

Eindernung der kaiserlichen Armees.

WZB. London, 17. Febr. Wie die Blätter aus Athen berichten, haben alle Infanterieregimenter der inneren Zone den Befehl erhalten, sich binnen 48 Stunden bei der kaiserlichen Armee einzufinden.

Eine Explosion in Würzburg.

WZB. Berlin, 18. Febr. Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet aus Würzburg: Im hiesigen chemischen u. industriemuseum erfolgte eine Explosion, bei der der Assistent Dr. Dieder, ein Sohn des württembergischen Staatspräsidenten eine schwere Handverletzung erlitt.

Die Genuefer Konferenz.

WZB. London, 17. Febr. „The Association“ erzählt von maßgebender Seite, daß die Vorbereitungen für die Genuefer Konferenz am 8. März unverändert bestehen bleiben. Die Bildung von einem Ausschuss der Konferenz entbehre jeder amtlichen Grundlage.

Reparationszahlung.

WZB. Paris, 18. Febr. Nach einem Bericht der Reparationskommission hat Deutschland an fremden Droschen an die vom Garantenausschuß bezeichneten Banken eine vierte Reparationszahlung von 31 Millionen Goldmark geleistet.

Eine Widerheit für das italienische Ministerium.

Rom, 18. Febr. Das Ministerium ist in der Kammer mit 295 gegen 107 Stimmen in der Widerheit geblieben.

Staat und Verlag der W. Reichel'schen Buchdruckerei Württemberg.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Sauer.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Wohnhaus z. „Röhle“ in Oettingen O. M. (Besitzer H. Karl Spreng) ist durch Kauf in den Besitz von H. Georg Schäfer, Burgoch übergegangen. — Herr L. Ernst, Ludwigsdorf verkaufte sein in der Schlachthausstraße Nr. 29 gelegenes Weiß- und Wollwarengeschäft an Frau R. Deterich, Weingarten. — Die Abchlüsse erfolgten durch das Immobilien- und Hypothekengeschäft von Christian Deter, Ebbawanen.

Ämliche Bekannmachungen.

Befugung des Ministeriums des Innern, betreffend Postnachrichtbarkeiten.

Unter Bezugnahme auf § 360 Bff. 11 und § 366 Bff. 10 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich in Verbindung mit Art. 51 des Postgesetzes vom 27. Dezember 1871 wird im Hinblick auf den Ernst der Zeit für heuer jedes Postnachstreifen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, insbesondere jedes Tragen von Masken und Verkleidungen an diesen Orten, mit sofortiger Wirkung, untersagt.

Stuttgart, den 30. Dezember 1921. Graf.

Epielberg.

Geschäfts-Eröffnung.

Der geehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung zur Kenntnis, daß ich das

gemischte Warengeschäft

von Herrn Eberhard übernommen habe. Ich bitte, das meinem Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen und werde ich mich bemühen, meine werthe Kundenschaft aufs Beste zu bedienen.

Karl Schäfer.

Gemeindeverband-Elektrizitätswerk Leinach-Station (G. E. L.)

Die Jahres-Rechnung 1920

sowie die **Befolgungsfahrung**

liegen auf unserem Büro in Station Leinach eine Woche lang vom 20. bis 27. Februar d. Js. zur Einsicht auf.

Station Leinach, 17. Februar 1922.

Verbandsvorsitzender:
Stadtschultheiß Müller.

Altensteig.

Junge gewandte Leute,

welche das Polieren erlernen wollen, können sofort eintreten

Otto Kaltenbach
Besteckfabrik.

Schafweideverpachtung!

Am **Mittwoch, den 22. Februar d. Js., nachmittags 2 Uhr** wird die 50 Morgen große, gute **Jungviehweide Unterschwandorf**

(Ruschellalshoden) des (andw. Bezirksvereins vom 1. April 1922 bis Lichtmess 1923 im „Löwen“ in Unterschwandorf im öffentlichen Aufsteich verpachtet, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Unbekannte Pächler haben sich durch Vermögenszeugnisse neuesten Datums auszuweisen. Eckdatenwahrung ist vorhanden. Die Pachtbedingungen liegen bei Verwalter Rieger, Nagold, Tel. Nr. 80, zur Einsicht auf.

Ebenfalls kommen **vormittags 9 Uhr etwa 200 Zentner Heu**

an Selbstverbraucher in kleineren Mengen von ca. 10 bis 20 Str. zum Verkauf.

Nagold, den 14. Februar 1922.

Weidekommission.

Lorenz Luz jr. Altensteig
Spezialhaus für Jagdgerätschaften.

Doppelflinten - Büchsfinten, Drillinge, Dirsch- und Scheibenbüchsen, Revolver u. Mehrladepistolen, Taschenmesser, Luftgewehre u. Zimmerstutzen, allerlei Munition.

Rücklädtige Jagdrevolver, Jagdtische, Gamaschen, Jagddecken, Wilddecken, Nischlingen, Feuertische, Kochapparate, Feuerzeuge u. zw. - Maßige Preise!

Solide Arbeit!



Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Kapitalertragsteuer- erklärung für das Steuerjahr 1921.

Auf Grund der heutigen öffentlichen Aufforderung ist zur Abgabe einer Kapitalertragsteuererklärung verpflichtet, wer Kapitalerträge der nachbezeichneten Art, die im Kalenderjahr 1921 fällig geworden sind, bezogen hat:

1. Zinsen von Hypotheken und Grundschulden, Renten von Rentenschulden,
2. Zinsen von Forderungen, die auf Grund einer Vereinbarung entrichtet werden, insbesondere aus Darlehen, Kationen, Hinterlegungsgebern, Abrechnungsgebern, Kontokorrent- und sonstigen Guthaben, Zinsen von Warenforderungen, gesetzlich Zinsen u. a. (Sparkassen- und Bankzinsen sind nicht mit aufzuführen),
3. verebliche Rentenbezüge,
4. Diskontbeträge von inländischen Wechseln und Anweisungen einschl. der Schöpfung,
5. alle inländischen Kapitalerträge auch aus Wertpapieren.

Die Verpflichtung zur Abgabe einer Kapitalertragsteuererklärung besteht ohne Rücksicht auf die Höhe der bezogenen Erträge. Eine Begrenzung nach unten ist nicht gegeben. Von der Verpflichtung zur Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung sind nur besetzt, Personen, deren steuerbares Einkommen nicht mehr als 5000 Mark beträgt, wenn sie über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig und nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten und bereits bei der letzten Einkommensteuererklärung die volle Anrechnung der Kapitalertragsteuer auf die Einkommensteuer nach § 44 des Einkommensteuergesetzes erreicht haben.

Die Steuererklärung eines Ehemannes muß das Einkommen seiner Ehefrau mit umfassen, sofern beide Ehegatten steuerpflichtig sind und nicht dauernd voneinander getrennt leben.

Für minderjährige Kinder hat der Träger der elterlichen Gewalt eine selbständige Steuererklärung auch dann abzugeben, wenn ihm die Verwaltung des Vermögens der Kinder zusteht. Für Personen, die unter Pflegschaft oder Vormundschaft stehen, ist die Steuererklärung vom Pfleger oder Vormund abzugeben.

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Steuerklärung abzugeben, kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen. Für einen Steuerpflichtigen, der nach dem Beginn des Steuerjahres, aber vor Abgabe der Steuererklärung verstorben ist, ist die Steuerklärung, soweit ein Testamentvollstrecker oder ein Nachlasspfleger die Verwaltung des Nachlasses übernommen hat, von diesen Personen, andernfalls von den Erben abzugeben.

Dem Steuerpflichtigen steht es frei, die seinen Angaben in der Steuerklärung zu Grunde liegenden Einzelberechnungen und andere zum Verständnis seiner Angaben dienenden Erläuterungen und Zusätze in die Steuerklärung oder in eine beizufügende Anlage aufzunehmen.

Die hienach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden ersucht, die Steuerklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vorbruchs in der Zeit vom 15. Februar bis 15. März 1922 bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Für diejenigen Steuerpflichtigen, die zur Abgabe einer Körperschaftsteuererklärung verpflichtet sind, wird die Frist zur Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung erst später bekanntgegeben.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuerklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Finanzamt während der Geschäftsstunden zu Protokoll entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verläßt, wird mit Geldstrafen bis 500 Mk. zu der Abgabe der Steuerklärung angehalten. Auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 o. O. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil anderer vorsätzlich bewirkt, daß die nach dem Kapitalertragsteuergesetz zu entrichtende Kapitalertragsteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im einfachen bis zwanzigfachen Betrag der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Verurteilung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 12 des Kapitalertragsteuergesetzes, § 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Kapitalertragsteuer verkürzt wird, wird wegen Steuervergütung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist, wie die für die Steuerhinterziehung angeordnete Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabenordnung).

Altensteig, den 15. Februar 1922.

Das Finanzamt:
Regierungsrat Dr. Fil.

Altensteig,
Zirkus 100 Zentner

Haber

nicht zu kaufen und nimmt Angebote entgegen

J. Wurster.

Einkommensteuer-Ablieferung.

1. Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, innerhalb der Monate Februar und März 1922 seine Steuerkarte und die 10'en Markenblätter, die für den in der Zeit vom 31. März 1921, sowie in der Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn zum Einleiten und Entwerfen von Steuermarken verwendet worden sind, der Finanzkasse bezw. dem Ortssteueramt seines Wohnsitzes zu übergeben. An Stelle des Arbeitnehmers können die Arbeitgeber die Ablieferung der Steuerkarten oder Markenblätter übernehmen.

2. Die Arbeitgeber haben durch Zuschlag in den Arbeits- und Geschäftsrechnungen auf diese Verpflichtung hinzuweisen.

3. Die für die Zeit bis zum 31. März 1921 verwendeten Steuermarken werden auf die Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 gemäß § 48 des Einkommensteuergesetzes an Zahlungsstatt angenommen.

Die abgelieferten, für die Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten Steuermarken werden auf die für das Rechnungsjahr 1921 zu entrichtende Einkommensteuer angerechnet.

4. Ueber den Reibtrag der abgelieferten Steuermarken erteilt die Finanzkasse eine Bescheinigung.

Altensteig, den 18. Februar 1922.

Finanzamt:

Regierungsrat Dr. Fil.

Deutsche demokratische Partei.

Am Sonntag, den 19. Februar, mittags 4 Uhr im „Kaiser“ in Zimmerfeld und abends 8 Uhr in der „Lande“ in Altensteig Versammlungen in denen Herr A. Kopf-Stuttgart über das Thema

„Deutschland vor der Konferenz von Genä“

sprechen wird. Dizu ist Jedermann, besonders sämtl. Mitglieder, freundlich eingeladen.

Grünbaum-Saal Altensteig.

Sonntag, 19. Februar, abends 8 Uhr

Beas Welt-Vortrag

grauenhafte Erlebnisse in Sturm u. Meer, bei Eskimos und den auf niederster Kulturstufe stehenden Feuerländern. ::

Ohne Geld in 20 Minuten um die ganze Erde.

Jedermann ist freundlich eingeladen.
Einkitt 4 Mk.

Auf 1. März oder später wird in ein Geschäftsbauz gefundes, fleißiges

Mädchen

das womöglich schon gedient hat, für Küche und Haushalt gesucht. Lohn 200—300 Mk. und Reis vergütung. Dauerstellung. Näheres zu erfragen bei Fahrmann Rath, Egenhausen.

Mädchen- Gesuch.

Wegen Fortgehen meines jetzigen Mädchens zur Pflege ihrer Schwester wird per sofort oder 1. März ein anderes gesucht, welches evtl. auch kochen kann.

Frau Paul Hegler
Altensteig.

Ehrliches, zuverlässiges

Mädchen

das kochen kann, für kleineren Haushalt bei guter Behandlung und hohem Gehalt für 1. April gesucht.

Julius Ochs, Gerusbach
Baden.

Räucherkasten

verginnt und ladiert empfiehlt

Johs. Werner
Bahnhöfstr.

Näheres folgt.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 18. Februar, vorm. 11 Uhr Predigt, nachm. 2 Uhr Jungfrauenverein, abends 7/8 Uhr Predigt.

Altensteig, abds. 8 Uhr Gebetsversammlung.

Kaufhaus Willibald Kittel

Nagold, Herrenbergerstr.
Gelegenheitskäufe in neuangekommenen: Damenjacken, Costümrocken, Backfischrocken, fertigen Blusen, Untertailien in sehr günstigen Preislagen.

Ferner empfehlen wir unsere = wasserdichten Wagendecken = 170x200 cm solange Vorrat.

1a Kernseife Pfd. Mk. 14.—

Zimmerfeld — Gerusbach.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestalten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Montag den 20. Februar 1922 in dem Saalhof z. Hirsch in Gerusbach

freundlichst einzuladen.

Adam Kalmbach | Marie Müller
Sohn des | Tochter des
H. Kalmbach, Nagold | A. Müller in
in Zimmerfeld | Gerusbach

Abschied um 12 Uhr in Gerusbach.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die ich bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau

Anna Reuschler
geb. Riegl

erfahren durfte, für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte von nah und fern, für die tröstlichen Worte des Herrn Pfarrers Reiff und den erhebenden Gesang des Herrn Haupt. Reuschler mit dem Gesangsverein, sowie für die vielen Kranzspenden sage ich meinen herzlichsten Dank.

Der trauernde Hinterbliebene
Adam Reuschler, Gemeindepfarrer.

Zahn-Atelier

Fr. Steeb, Dentist.

Sprechstunden ausser Sonntags täglich.
Behandlung von Mitgliedern sämtlicher Krankenkassen.

Ich sage Ihnen

Charakter, Gegenwart, Zukunft, Glück, Liebe, Ehe u. a. Senden Sie genaue Adresse, Vor- und Zunamen, Jahr u. Tag der Geburt ein. Zahlreiche Dankschreiben. Auskunft gratis.

Mignon-Verlag, München 12, Postfach 23. 1.

Beretreter

mit ca. 1000.— Mk. für monatlichen Artikel der Landwirtschaft gesucht. Offerten mit genauen Angaben an

Mag. Fahn Akt.-Ges. Berlin S.W. 68.